

## WAS LEHRT UNS DIE ORGANISATIONSDEBATTE ?

Die in den letzten Monaten in verschiedenen Gremien und Gruppen an der Universität geführte Organisationsdebatte war bestimmt von der Einsicht, daß die Umwandlung der radikal-demokratischen Studentenschaft in eine sozialistische Massenorganisation notwendig ist.

Dabei haben sich zwei unterschiedliche Positionen herausgebildet. Die eine Position geht davon aus, daß auf den Versuch des Staatsapparates, die zentralen Gremien der Studentenschaft zu zerschlagen, mit der beschleunigten Gründung einer studentischen Massenorganisation zu antworten sei, um einmal die materielle Basis für den studentischen Kampf zu sichern, zum anderen, um eine organisatorische Verbindlichkeit zu schaffen, die Kader für den außeruniversitären Bereich freisetzt und damit die Wiederbelebung des Klassenkampfes fördern hilft.

Die andere Position geht davon aus, daß die Debatte über eine langfristig geplante Organisation nicht durch das Hochschulgesetz bestimmt sein sollte. Sie wendet sich darüber hinaus grundsätzlich gegen die Gründung einer studentischen Massenorganisation, um zu verhindern, daß diese eine langfristig zu schaffende sozialistische Massenorganisation vom studentischen Sektor her vorstrukturieren könnte.

In den Basisgruppen wurde die Organisationsdiskussion zunächst abhängig von der Universität geführt. Sie ging von der Notwendigkeit aus, die Arbeit in den verschiedenen Basisgruppen zu koordinieren und die Arbeitsbereiche, die nicht von einzelnen Basisgruppen zu bewältigen sind (z. B. Schulungsarbeit) zentral in Angriff zu nehmen. Gleichzeitig hätte die Organisation auch Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Arbeit innerhalb der einzelnen Basis- und Betriebsgruppen wirksamer wird, zum Beispiel durch Einbeziehung von Genossen aus anderen Praxisbereichen (Mediziner, Lehrer, Kindergärtner).

Diese Organisation betrifft bisher nur die in den Basisgruppen und anderen politischen Gruppen arbeitenden Genossen, nicht aber die Arbeitermassen, die erst in einem späteren Stadium aus den Betriebsgruppen eine sozialistische Massenorganisation zu bilden hätten. (s. RPK Nr. 14, S. 8)

Von den Ergebnissen der von den Basisgruppen eingeleiteten Untersuchung über die Wirksamkeit der bestehenden Organisationsansätze und Arbeitsschwerpunkte wird es auch abhängen, welche organisatorischen Lösungen an der Universität sich hemmend oder fördernd auf den Aufbau einer sozialistischen Massenorganisation auswirken werden. Den bestehenden Organisationsmodellen an der Universität haftet auch deshalb so viel an Abstraktheit an, entwickelt sich in den Köpfen vieler auch deshalb "Organisation" zur magischen Zauberformel, weil es bisher nicht gelungen ist, eine überzeugende Strategie für den Kampf an der Basis zu entwickeln und von daher zu bestimmen, wie der Kampf an der Universität geführt werden muß, ob etwa der Realisierung des Hochschulgesetzes mit Militanz zu begegnen sei oder nicht.

Die Unsicherheit in der Strategie hat auch Folgen für die Bestimmung der organisatorischen Grundeinheiten einer studentischen Massenorganisation. Diese haben ja nicht nur die Ansätze von Selbstorganisation aufzunehmen, sie müssen zugleich auf eine richtige sozialistische Praxis an der Basis hin organisiert sein.

### BESTEHENDE ANSÄTZE VON SELBSTORGANISATION AN DER UNIVERSITÄT

In einer Bilanz des Streiks am Ende des Wintersemesters 1968/69 wurde der organisatorische Stand an der Universität folgendermaßen beschrieben: "So sehr die ad-hoc-Gruppen gegenüber der alleinigen Vertretung studentischer Interessen durch ASTA und Konvent in früheren Zeiten einen Fortschritt darstellten, so wenig war doch im vergangenen Halbjahr die Gefahr zu übersehen, daß die ad-hoc-Gruppen einen Institutspartikularismus repräsentierten und dadurch die Zersplitterung der studentischen Bewegung herbeizuführen drohten. Diese Gefahr der Zersplitterung hat inzwischen einen überaus aktuellen Aspekt gewonnen. Bekanntlich beabsichtigen SPD-Leute wie Löffler durch das Hochschulgesetz mit dem Zwangsverband Studentenschaft die zentralen studentischen Selbstverwaltungsgremien, den ASTA und Konvent aufzulösen und die studentische Interessenvertretung auf die Institutebene zu beschränken. Welche Schwächung der studentischen Interessenvertretung dies bewirken würde, falls bis dahin die ad-hoc-Gruppen an den einzelnen Instituten ihre Kooperation nicht organisatorisch weiterentwickelt haben, liegt auf der Hand." (aus: Was lehrt uns der Streik? FU-Spiegel, Februar 1969).

Nach vier Monaten politischer Aktivität, die nach außen hin wenig spektakulär war und ihre Brennpunkte kaum noch in der Universität hatte, ist zu fragen, wie diese Forderung nach organisatorischer Weiterentwicklung realisiert worden ist. Eine positive Antwort scheint einzig das Modell der Sektionen zu sein, das von den Soziologen, teilweise auch von den Medizinerinnen und Germanisten entwickelt wurde. Die Sektionen "Industrie - Betrieb - Technologie", "Sozialisation" und "Medizin-Soziologie" schienen einen Organisationsansatz darzustellen, der den Institutspartikularismus hinter sich zu lassen versprach und der strategisch wichtige Punkte außerhalb der Universität anvisierte und zur Grundlage der Arbeit innerhalb der Universität machte. Der Anspruch der Sektionen - Verbreitung der Basis innerhalb der Universität durch Koordination der Fachbereiche und außerhalb der Universität durch Kooperation mit Lehrlingen, Arbeitern, Kindergärtnerinnen etc. - wurde aber bisher nicht eingelöst, weil sie sich zu sehr in ihrer Arbeit davon abhängig machen ließen, daß Forderungen aus der Praxis an sie herangetragen wurden, die bisher noch nicht gestellt werden konnten.

Die unentwickelte Organisationsform der ad-hoc-Gruppen und die unentwickelte Praxis der Sektionen machen die Kontroverse, die in den letzten Wochen geführt worden ist, ob Sektionen oder ad-hoc-Gruppen als auszubauende Organisationsmodelle zu gelten haben, zu einem Scheingegensatz. Das Problem besteht nicht darin, zu entscheiden, ob ad-hoc-Gruppen oder Sektionen die ideale Grundeinheit einer studentischen Massenorganisation sind, sondern darin, wie die politische und organisatorische Verbindung zwischen Universität und Basisarbeit bzw. Überbau-berufen geschaffen werden kann.

Die Sektionen konnten sich deshalb als organisatorische Initiative gegenüber den ad-hoc-Gruppen bisher nicht allgemein durchsetzen.

Unter dieser Anforderung haben sich sowohl die ad-hoc-Gruppen als auch die Sektionen zu verändern.

Daß die Organisation an der Universität nur so dürftige Fortschritte gemacht hat, erklärt sich auch daraus, daß die Konflikte in der Universität zunehmend anachronistische Züge tra-

## WAS LEHRT UNS DIE ORGANISATIONSDEBATTE ?

Die in den letzten Monaten in verschiedenen Gremien und Gruppen an der Universität geführte Organisationsdebatte war bestimmt von der Einsicht, daß die Umwandlung der radikal-demokratischen Studentenvereine in eine sozialistische Massenorganisation notwendig ist.

Dabei haben sich zwei unterschiedliche Positionen herausgebildet. Die eine Position geht davon aus, daß auf den Versuch des Staatsapparates, die zentralen Gremien der Studentenschaft zu zerschlagen, mit der beschleunigten Gründung einer studentischen Massenorganisation zu antworten sei, um einmal die materielle Basis für den studentischen Kampf zu sichern, zum anderen, um eine organisatorische Verbindlichkeit zu schaffen, die Kader für den außeruniversitären Bereich freisetzt und damit die Wiederbelebung des Klassenkampfes fördern hilft.

Die andere Position geht davon aus, daß die Debatte über eine langfristig geplante Organisation nicht durch das Hochschulgesetz bestimmt sein sollte. Sie wendet sich darüber hinaus grundsätzlich gegen die Gründung einer studentischen Massenorganisation, um zu verhindern, daß diese eine langfristig zu schaffende sozialistische Massenorganisation vom studentischen Sektor her vorstrukturieren könnte.

In den Basisgruppen wurde die Organisationsdiskussion zunächst abhängig von der Universität geführt. Sie ging von der Notwendigkeit aus, die Arbeit in den verschiedenen Basisgruppen zu koordinieren und die Arbeitsbereiche, die nicht von einzelnen Basisgruppen zu bewältigen sind (z. B. Schulungsarbeit) zentral in Angriff zu nehmen. Gleichzeitig hätte die Organisation auch Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Arbeit innerhalb der einzelnen Basis- und Betriebsgruppen wirksamer wird, zum Beispiel durch Einbeziehung von Genossen aus anderen Praxisbereichen (Mediziner, Lehrer, Kindergärtner).

Diese Organisation betrifft bisher nur die in den Basisgruppen und anderen politischen Gruppen arbeitenden Genossen, nicht aber die Arbeitermassen, die erst in einem späteren Stadium aus den Betriebsgruppen eine sozialistische Massenorganisation zu bilden hätten. (s. RPK Nr. 14, S. 8)

Von den Ergebnissen der von den Basisgruppen eingeleiteten Untersuchung über die Wirksamkeit der bestehenden Organisationsansätze und Arbeitsschwerpunkte wird es auch abhängen, welche organisatorischen Lösungen an der Universität sich hemmend oder fördernd auf den Aufbau einer sozialistischen Massenorganisation auswirken werden. Den bestehenden Organisationsmodellen an der Universität haftet auch deshalb so viel an Abstraktheit an, entwickelt sich in den Köpfen vieler auch deshalb "Organisation" zur magischen Zauberformel, weil es bisher nicht gelungen ist, eine überzeugende Strategie für den Kampf an der Basis zu entwickeln und von daher zu bestimmen, wie der Kampf an der Universität geführt werden muß, ob etwa der Realisierung des Hochschulgesetzes mit Militanz zu begegnen sei oder nicht.

Die Unsicherheit in der Strategie hat auch Folgen für die Bestimmung der organisatorischen Grundeinheiten einer studentischen Massenorganisation. Diese haben ja nicht nur die Ansätze von Selbstorganisation aufzunehmen, sie müssen zugleich auf eine richtige sozialistische Praxis an der Basis hin organisiert sein.

### BESTEHENDE ANSÄTZE VON SELBSTORGANISATION AN DER UNIVERSITÄT

In einer Bilanz des Streiks am Ende des Wintersemesters 1968/69 wurde der organisatorische Stand an der Universität folgendermaßen beschrieben: "So sehr die ad-hoc-Gruppen gegenüber der alleinigen Vertretung studentischer Interessen durch ASTA und Konvent in früheren Zeiten einen Fortschritt darstellten, so wenig war doch im vergangenen Halbjahr die Gefahr zu übersehen, daß die ad-hoc-Gruppen einen Institutspartikularismus repräsentierten und dadurch die Zerspaltung der studentischen Bewegung herbeizuführen drohten. Diese Gefahr der Zerspaltung hat inzwischen einen überaus aktuellen Aspekt gewonnen. Bekanntlich beabsichtigen SPD-Leute wie Löffler durch das Hochschulgesetz mit dem Zwangsverband Studentenschaft die zentralen studentischen Selbstverwaltungsgremien, den ASTA und Konvent aufzulösen und die studentische Interessenvertretung auf die Institutebene zu beschränken. Welche Schwächung der studentischen Interessenvertretung dies bewirken würde, falls bis dahin die ad-hoc-Gruppen an den einzelnen Instituten ihre Kooperation nicht organisatorisch weiterentwickelt haben, liegt auf der Hand." (aus: Was lehrt uns der Streik? FU-Spiegel, Februar 1969).

Nach vier Monaten politischer Aktivität, die nach außen hin wenig spektakulär war und ihre Brennpunkte kaum noch in der Universität hatte, ist zu fragen, wie diese Forderung nach organisatorischer Weiterentwicklung realisiert worden ist. Eine positive Antwort scheint einzig das Modell der Sektionen zu sein, das von den Soziologen, teilweise auch von den Medizinerinnen und Germanisten entwickelt wurde. Die Sektionen "Industrie - Betrieb - Technologie", "Sozialisation" und "Medizin-Soziologie" schienen einen Organisationsansatz darzustellen, der den Institutspartikularismus hinter sich zu lassen versprach und der strategisch wichtige Punkte außerhalb der Universität anvisierte und zur Grundlage der Arbeit innerhalb der Universität machte. Der Anspruch der Sektionen - Verbreitung der Basis innerhalb der Universität durch Koordination der Fachbereiche und außerhalb der Universität durch Kooperation mit Lehrlingen, Arbeitern, Kindergärtnerinnen etc. - wurde aber bisher nicht eingelöst, weil sie sich zu sehr in ihrer Arbeit davon abhängig machen ließen, daß Forderungen aus der Praxis an sie herangetragen wurden, die bisher noch nicht gestellt werden konnten.

Die unentwickelte Organisationsform der ad-hoc-Gruppen und die unentwickelte Praxis der Sektionen machen die Kontroverse, die in den letzten Wochen geführt worden ist, ob Sektionen oder ad-hoc-Gruppen als auszubauende Organisationsmodelle zu gelten haben, zu einem Scheingegensatz. Das Problem besteht nicht darin, zu entscheiden, ob ad-hoc-Gruppen oder Sektionen die ideale Grundeinheit einer studentischen Massenorganisation sind, sondern darin, wie die politische und organisatorische Verbindung zwischen Universität und Basisarbeit bzw. Überbau-berufen geschaffen werden kann.

Die Sektionen konnten sich deshalb als organisatorische Initiative gegenüber den ad-hoc-Gruppen bisher nicht allgemein durchsetzen.

Unter dieser Anforderung haben sich sowohl die ad-hoc-Gruppen als auch die Sektionen zu verändern.

Daß die Organisation an der Universität nur so dürftige Fortschritte gemacht hat, erklärt sich auch daraus, daß die Konflikte in der Universität zunehmend anachronistische Züge tra-